

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Amundsens Vortrag gestattet.

Berlin, 8. November.

Das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau meldet: Wie wir erfahren, gestattet der Regierungspräsident von Schleswig den Gebrauch der norwegischen Sprache bei dem von dem Polarforscher Roald Amundsen in Helsingborg geplanten Vortrag auf Anweisung des Ministers des Innern.

Die Proteste, die von der öffentlichen Meinung mit immer größerer Entschiedenheit gegen das unangenehme Verbot erhoben wurden, haben also gefruchtet. Die Aufhebung des Verbotes wird überall in Deutschland das Gefühl der Erleichterung hervorrufen. Seine Aufrechterhaltung erschien auch geradezu unmöglich, sowohl aus Gründen der politischen Reputation als auch mit Rücksicht auf die höchst ansehnliche Anwendung des Sprachparagrafen des Reichsvereinsgesetzes in diesem Falle. Öffentlich glänzte sich nun auch in Norwegen wieder die Wogen der Erregung, die die Amundsenaffäre hervorgerufen hatte. Die preussische Regierung aber hat dringende Ursache, Vorsorge zu treffen, daß die politischen Mißgriffe in der Nordmark, die uns schon so vielen politischen Schanden gebracht haben, endlich einmal aufhören.

Die Hanfwoche.

Berlin, 8. November. Heute Nachmittag begann die Sitzung des Industriekongresses des Hanfabundes unter zahlreicher Beteiligung namhafter Industrieller aus allen Teilen des Reiches. Die Verhandlungen wurden von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Industriekongresses, Reichstaatsabgeordneten Generaldirektor Stöwe geleitet.

Der Geschäftsführer des Hanfabundes, Assessor Dr. Kleefeld referierte über das Thema: Verstärkung des Einflusses von Industrie, Handel und Gewerbe im Reichstag. Der Redner führte u. a. aus: Die Gründung des Hanfabundes sei in erster Linie eine Reorganisation des gewerblichen Einflusses im öffentlichen Leben des Reiches gewesen. Der Hanfabund sei notwendig geworden, gegenüber den glänzenden Organisationen der anderen Erwerbsstände, jeder sozialdemokratische Arbeiter zähle durchschnittlich über 50 Mark jährlich an die Parteien und der Bund der Landwirte habe in diesem Jahre seine Beiträge um etwa eine Million erhöht. Der Redner wies dann nach, wie alles darauf ankomme, den Einfluß von Industrie, Handel und Gewerbe durch Förderung industrieller und gewerblicher Kandidaturen für den Reichstag zu vergrößern und alle in Betracht kommenden Gesetzesvorlagen der Regierung möglichst mit industriell- und gewerbefreundlichem Geiste zu erfüllen. Noch mehr als bisher müßten große Wirtschaftskrisen in Kommissionen von Sachverständigen durchberaten werden. Auch der wirtschaftliche Ausschuss müsse ausgebaut werden. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Debatte.

Schutz der Arbeitswilligen.

Das zweite Referat über Schutz der Arbeitswilligen hielt das Mitglied des Direktoriums Dr. Stresemann. Nach einer wiederum sehr lebhaften Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: Der Industriekongress des Hanfabundes, erachtet es für eine Pflicht des Hanfabundes, daß dem immer stärker ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern mit Entschiedenheit entgegengetreten wird. Unter voller Anerkennung des bestehenden Coalitionbundes, das der Industriekongress unangefastet wissen will, hält er zur Sicherung der freien Entscheidung der Arbeiter in Fällen von Arbeitsstreitigkeiten folgende Resolution für geboten:

1. Daß für eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften zur Sicherung der Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs" gesorgt wird, und daß insbesondere zu diesem Zwecke durch das Reich dafür Sorge getragen wird, daß keinesfalls förmlicher bundesstaatlicher, landespolizeilicher oder provinzieller Behörden unzulässig gleichmäßige Verordnungen erlassen werden, durch welche die polizeilichen Erfüllungsbeamten nicht nur über das Reich, sondern auch über die Pflicht zum Einschreiten bei Streitigkeiten an der Hand der bestehenden Gesetze befehrt werden.

2. Die Einführung eines beschleunigten Strafverfahrens durch Abkürzung von Fristen und Verminderung von förmlichkeiten.

3. Die Beseitigung der Ausnahmestellung der Gewerkschaften und Berufsvereine durch die Bestimmung, daß der Paragraph 11 des B. G. B. auch auf nicht eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine entsprechend anwendbar werde.

4. Die Ergänzung und Abänderung der Paragraphen 240 und 242 des B. G. B. im Sinne einer schärferen Anwendung der Begriffe der strafbaren Bedrohung und Nötigung.

Der Industriekongress sieht in der Regelung dieser Fragen eine der wichtigsten, nächsten Aufgaben des Reichstages.

Die Eidesleistung König Ludwigs. Vereidigung der Truppen.

München, 8. November. Die feierliche Eidesleistung des Königs Ludwig über die wir bereits kurz berichteten, fand in Anwesenheit der Prinzen des königlichen Hauses, des großen Dienstes, der Staatsminister, Mitglieder des Staatsrates und Abordnungen der beiden Kammern des Landtages im Thronsaal des Königschlosses der Residenz statt. Kurz vor 10 Uhr erfolgte die Abfahrt des Königs in Begleitung des persönlichen Dienstes von Wittelsbacher Palast. Dem König ritten Spitzenreiter voraus. In den Straßen der Residenz, die reich besetzt ist, hatte ein zahlreiches Publikum Aufstellung genommen, um der Aufahrt beizuwohnen. Im Hofgarten feierte eine Batterie des 1. Feldartillerie-Regiments während der Fahrt des Königs einen Salut von 101 Schüssen ab. Als die Herren im Thronsaal Aufstellung genommen hatten, trat der König unter Vortritt des großen Dienstes ein. Vor der Eidesleistung verlas der König mit großem Nachdruck die bereits gemeldete Ansprache. Nach der Eidesleistung fuhr der König auf dem gleichen Wege in die Residenz zurück. Den ganzen Vormittag herrschte in der Nähe der Residenz ein lebhaftes Treiben. Bahnenkompagnien der Infanterie-Regi-

menter und eine Abteilung der schweren Reiter holten die Standarte ab.

Nachmittags wurden sämtliche Truppen des Landwehrbataillons auf den Götter der Kaserne auf den neuen König Ludwig III. vereidigt. Zu dem feierlichen Vereidigungsakte des zweiten Infanterieregiments Kronprinz, dessen Regimentskommandeur Prinz Franz ist, fand sich auf dem Kasernenhof auch der Generaloberst der Infanterie Kronprinz Rupprecht ein. Der nunmehrige Inhaber des Regiments schritt vor der Vereidigung mit dem Kommandeur Prinzen Franz die Fronten der Truppen ab und wandte sich nach der Vereidigung mit einer Ansprache an das Regiment, in der er unter anderem sagte: Kameraden! Seit 50 Jahren befehlt das Regiment, das auf eine mehr als 200jährige Vergangenheit zurückblickt, keinen Inhaber mehr. Heute, wo ich das erste Mal als Inhaber des Regiments vor euch trete, erinnere ich mich gern der Zeit, wo ich als Oberst eintrat an der Spitze des Regiments gestanden habe, bei dem ich die militärische Laufbahn begonnen habe. Das Regiment ist für mich als eines der ältesten bayerischen Regimenter in Schlachten und Gefechten in rühmlicher Weise hervor. Viele eurer Väter und Vorfahren dienten in dem Regiment mit Ehren. Möget ihr euch dessen würdig erweisen, möget ihr das Beispiel, das sie euch geben, einadelt sein im Hinblick auf den Nahen, den ihr geschworen. Zum Gelübnis der unwandlungsbaren Treue gegenüber dem obersten Kriegsherrn stimmt mit mir in den Ruf ein: Der oberste Kriegsherr, Seine Majestät König Ludwig III. Hurra. Kräftig stimmten die Truppen in den Ruf ein. Die Regimentsmusik intonierte: „Heil unserm König, Heil“. Dann folgte der Vorbeimarsch der Truppen vor dem Kronprinzen, der sich hierauf noch das Offizierskorps vorstellte. Gegen 11 Uhr war die militärische Feier beendet. Nach dem feierlichen Akte wurden die Bahnen der Regimenter unter klingendem Spiele in die Residenz zurückgebracht.

München, 8. November. Der König und die Königin empfingen heute Nachmittag 2½ Uhr in der Residenz die hier beglaubigten Chiefs der diplomatischen Vertretungen in München, der auch der Staatsminister des königlichen Hauses und des Leuherrn Dr. v. Helldorf bewohnte. Runtius A. H. v. Br. hielt eine Ansprache an das Königspar, in der er ihm die Glückwünsche des diplomatischen Korps übermittelte. Nachdem der König dem Runtius gedankt hatte, wurden auch die Damen der Diplomaten vom Königspar empfangen.

Deutsches Reich.

Die „Arup“-Kommission.

Berlin, 8. November. Bei den Verhandlungen über die Zusammenlegung der Kommission zur Prüfung der Militärauslieferungen wurden von sozialdemokratischer Seite der Abg. Liebknecht neben dem Abg. Kossel als Mitglieder angedeutet. Der Abg. Kossel wurde angenommen, gegen die Berufung des Abg. Liebknecht erhob der Reichskanzler Bedenken wegen der pränotierten Stellung dieses Abgeordneten gerade in dieser Angelegenheit. Die sozialdemokratische Partei ist vom Reichssamt des Innern angefordert worden, einen anderen Herrn zu benennen. Die Antwort der sozialdemokratischen Fraktion steht noch aus.

Die Unruhen in Neufamerun beendet.

Berlin, 8. November. Die Unruhen im Neufameruner Bezirk Zemde sind nach einer jeden aus Auea eingegangenen drablichen Meldung des Gouvernements beendet. Wie der Bezirksleiter von Aufaduma Assessor Behm aus dem Gouvernment berichtet, gelang es, den Widerstand des Gbajammes durch Einnahme von vier stark besetzten Stellungen und hartnäckig verteidigten Baracken zu brechen. Hierbei fielen zwei Polizeisoldaten. Drei wurden verwundet. Alle Hauptlinge des Zemdebezirks erschienen zum Zeichen der Unterwerfung auf der Station.

Besuch Kozolozows in Berlin.

Berlin, 8. November. Wie der „Tagl. Rundsch.“ anständig Stelle befragt wird, wird Ministerpräsident Kozolozow auf der Reise von Paris nach Petersburg sich ein bis zwei Tage in Berlin aufhalten. Der Minister wird mit dem Reichskanzler Unterredungen haben, die die politische Lage in Europa und insbesondere auf dem Balkan zum Gegenstand haben werden. Ob auch ein Empfang durch den Kaiser stattfindet, steht noch nicht fest.

Kleine politische Meldungen.

Berlin, 8. November. (Originaltelegramm) Während noch gestern die Zeitungsmeldungen von dem Verkauf der „Wolff'schen Zeitung“ von der Verwaltung des genannten Blattes als unzutreffend oder doch verfrüht bezeichnet wurden, bestätigt heute die Firma Hiltstein & Co., daß die „Wolff'sche Zeitung“ für 7 Millionen Mark durch Kauf in ihren Besitz übergegangen sei.

Berlin, 8. November. Der Reichsverband deutscher Städte hat an den Minister des Innern die Bitte gerichtet, dafür einzutreten zu wollen, daß den Gemeinden für die Mitarbeit, die sie bei der Erhebung der Besitzsteuern zu leisten haben, eine angemessene Entschädigung aus Reichsmitteln gewährt wird.

Berlin, 8. November. Mit der Organisation eines großartigen kommunalen Arbeitsnachweises für Groß-Berlin beschäftigte sich heute eine Ausschlußkonferenz unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth im Berliner Rathaus. Die Verhandlungen konnten noch nicht zu Ende geführt werden. Doch wurde über die wesentlichen Richtlinien für die Organisation des Groß-Berliner Arbeitsnachweises bereits eine Einigung erzielt.

Berlin, 8. November. Dem Ritterratsbesitzer Major a. D. Bernhard v. Jagow auf Calberowich im Kreise Stierburg wurde der Kronenorden zweiter Klasse verliehen.

Rio de Janeiro, 8. November. Der ehemalige Staatssekretär des Reichskolonialamts v. Lindemann ist abgereist, um Ausflüge in Minas Geraes, Sao Paulo und anderen Südstaaten Brasiliens zu unternehmen. Der Ackerbauminister stellte ihm Beamte zur Verfügung.

Wien, 8. November. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Gmundener erzählt, werden dort Vorbereitungen getroffen, um den Welfenschlag, der seit 1906 im Gmundener Schloß des Herzogs von Cumberland sich befindet, nach Braunschweig als der Residenz des Herzogs von Braunschweig zu überführen, wo er dauernd bleiben soll.

Ausland.

Der griechisch-türkische Friede vor dem Abschluß.

Wien, 8. November.

Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Der Minister des Innern hat den Korrespondenten des genannten Blattes zu der Meldung ermächtigt, daß griechisch-türkische Differenzen nicht mehr beständen. Entsprechende Anweisungen seien an die türkischen Delegierten abgegeben. Der Friede werde noch im Laufe dieser Woche unterzeichnet werden.

Athen, 8. November. Die „Agence d'Athènes“ bezeichnet die Meldung aus Sofia über unannehmliche Behandlung der bulgarischen Behörden gegen die griechische Bevölkerung namentlich in den neu erworbenen griechischen Gebieten als durchaus unbegründet und betont, daß im Gegenteil die Haltung der bulgarischen Behörden gegen die griechische Bevölkerung namentlich in Kanti, Gümüldschina und anderen Teilen Thrakiens Anlaß zu den berechtigten Beschwerden geben.

Folgen des Weilsprozesses.

Petersburg, 8. November. Innerhalb des jüdischen Anhebungsgebietes herrscht infolge des Weilsprozesses eine sehr erregte Stimmung, die jeden Augenblick in blutige Streitigkeiten umschlagen kann.

In Lodz hat ein charakteristischer Vorfall fast zur Volkstüchtigkeit geführt. Ein 11-jähriger Knabe hatte sich vor den Schlägen seines Vaters in dem Kessel einer jüdischen Eisenniederlage versteckt. Er wurde dort am nächsten Tage von den Arbeitern schlendensaufgefunden, die das Geruch ausbreiteten, die Juden wollten den Knaben töten und abkochen. — In Aowno wurde ein jüdischer Laden total demoliert, weil ein Knabe, der mit einem Munde in den Laden getreten war, verschwand. Der Knabe war nach Hause gelaufen, aber die Frau erhob Wehklagen, daß die Juden das Kind gefangen hätten, worauf die vollständige Zerstörung des Ladens erfolgte.

Der Palastkommandant des Zaren plötzlich verstorben.

Jalta (Krim), 8. November. Der Palastkommandant Generalleutnant Dedjukin ist plötzlich verstorben.

Der plötzliche Tod erregt hier großes Aufsehen. Es sind Gerüchte im Umlauf, nach denen er keines natürlichen Todes gestorben sein soll. Während aber einerseits von einem Attentat gesprochen wird, dem er zum Opfer gefallen wäre, wird von anderer Seite die Version verbreitet, daß er Selbstmord begangen habe. Der General galt als besonderer Vertrauter des Zaren, dessen Flügeladjutant er ist. Ihm lag die Verantwortlichkeit und die Sorge für die persönliche Sicherheit des Zaren innerhalb seiner Schloßer ob.

Die Krisis in Mexiko.

Mexiko, 8. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Lind hat eine zweistündige Beratung mit dem englischen Gesandten Gordon. Man glaubt, daß ihre Meinungen in der Frage, welche Rolle die Vereinigten Staaten spielen wollen, sehr auseinandergehen. Lind bleibt wahrscheinlich in der Hauptstadt, bis die Lösung über der Abbruch der Verhandlungen erfolgt. Er scheint nicht sehr auf Erfolg zu hoffen. Man glaubt, daß, wenn die Antwort Huertas unangenehm lautete, die amerikanische Regierung ein Ultimatum im diplomatischen Sinne des Wortes senden wird, das die Beziehungen vor dem 22. November, also vor Zusammenritt des neuen Kongresses, beenden würde. Das Geld ist sehr knapp.

Die deutschen Kriegsschiffe.

Berlin, 8. November. Wie das „V. D.“ erzählt, hat der deutsche Kreuzer „Dertha“, der bis zum Eintreffen der „Bremen“ in Veracruz den Schutz der Reichsinteressen zu vertreten hatte, Befehl erhalten, weiter zunächst in zentralamerikanischen Gewässern Aufenthalt zu nehmen, um den mexikanischen Territorialgewässern nahe zu bleiben. Die Ankunft der „Münchberg“ an der mexikanischen Pazifikküste in Mazatlan wird jetzt Ende der Woche erwartet.

Kleine Meldungen.

Bukarest, 8. November. Die „Ankarester Zeitung“ meldet, daß der Kultusminister Dicescu demissioniert habe. Den Anlaß gaben antisemitische Studenten demonstrationen, die das Verbot der Aufführung des Stückes „Manasse“ erzwingen wollten.

Mährisch-Ostau, 8. November. Hier wurden mehrere Auswanderungsagenten einer Bremer Firma verhaftet, die ebenfalls junge Leute für die Auswanderung nach Kanada angeworben haben, wofür sie eine Vergütung von 10 bis 12 Kronen erhielten. Auch in Galizien dauern die Verhaftungen der Auswanderungsagenten an. Bis jetzt wurden etwa 300 Personen verhaftet, die in die Angelegenheit verwickelt sind, darunter etwa hundert, die im Dienste österreichischer Firmen stehen.

Krakau, 8. November. Die Hörer der Kunstakademie begannen heute auf Aufforderung der streikenden Wiener Studenten dreitägigen Sympathiestreik.

Madrid, 8. November. General Azcaraga ist zum Präsidenten des Senats ernannt worden.

Concord, 8. November. Der Gouverneur von New-Hampshire hat die Auslieferung von Henry Thaw an die New Yorker Staatsbehörden angeordnet. Die Angelegenheit wird nunmehr das Bundesgericht beschäftigen.